

Hansestadt Stendal, 28.01.2026

Niederschrift über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung

Tag der Sitzung: Mittwoch, 21.01.2026

Ort: Rathaus, Kleiner Sitzungssaal, Markt 1, 39576 Hansestadt Stendal

Beginn: 17:00 Uhr

Sitzungsende: 18:39 Uhr

Anwesend sind:

Vorsitzender

Büttner, Matthias

Mitglieder

Bootz, Hans-Jürgen

Lippmann, Dirk

Petzolt, Christopher

Radtke, Carola

Scheel, Uwe

Schlafke, Jürgen

Slota, Marco

Stelle, Thomas

Werneke, Martin

in Vertretung für Stadtrat Röhl

in Vertretung für Stadtrat Wichmann

Protokollführerin

Lützkendorf, Gudrun

von der Verwaltung

Peters, Isabel

Pooch, Stefan

Wiese, Bennet

Gäste

Schulze, Jörg

Walter, Justus

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder

Röhl, Christian

Wichmann, Heiko

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Beschlussfassung über die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 19.11.2025
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Bericht der Verwaltung
- 6 Antrag der Fraktion CDU/ FDP/ Landgemeinden - Haushalt stärken – Anpassung der Gebühr für Anwohnerparkausweise **A VIII/031/1**
- 7 Antrag der Fraktion Gestaltungsbündnis Sondervermögen „Infrastruktur und Klimaneutralität“ (SVIK) mit Sorgfalt planen & nutzen **A VIII/040/1**
- 8 Beschluss über "Gesamtstädtisches Photovoltaikfreiflächenkonzept der Hansestadt Stendal (Stand Dezember 2025) **VIII/0173**
- 9 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 45/25 „Agri-Solarpark - Tornau 'Hofruthen'", Aufstellungsbeschluss nach § 2 BauGB i.V. m. § 12 BauGB **VIII/0174**
- 10 Bebauungsplan Nr. 60/20 „Nördliches Altes Lager“ - Beschluss zur öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch **VIII/0281**
- 11 16. Änderung des Flächennutzungsplanes Stadt Stendal "Nördliches Altes Lager", hier: Beschluss zur öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch **VIII/0282**
- 12 Fortschreibung Haushaltskonsolidierungskonzept **VIII/0279**
- 13 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2026 **VIII/0280**
- 14 Anfragen/Anregungen

Nicht öffentlicher Teil

- 15 Beschlussfassung über die Niederschrift des nichtöffentlichen Teils der Sitzung vom 19.11.2025
- 16 Anfragen/Anregungen
- 17 Bericht der Verwaltung



Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu TOP 1 **Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Stadtrat Büttner, Ausschussvorsitzender, eröffnet um 17:00 Uhr die öffentliche und nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung. Er begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder, Gäste und Vertreter der Verwaltung. Anschließend stellt er die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

zu TOP 2 **Feststellung der Tagesordnung**

Die heutige Tagesordnung wird ohne Änderungen bestätigt.

zu TOP 3 **Beschlussfassung über die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 19.11.2025**

Die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 19.11.2025 wird mit 8 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen bestätigt.

zu TOP 4 **Einwohnerfragestunde**

Herr Schulze erklärt, dass er in Döbbelin ein Baugebiet mit 6 Bauplätzen erschließen möchte. Er habe das Projekt im August 2025 bereits in der Verwaltung vorgestellt und möchte wissen, ob sein Vorhaben grundsätzlich vom Stadtrat unterstützt werde.

Herr Pooch berichtet kurz zum bisherigen Verfahren. Er stellt heraus, dass Herrn Schulze bei dem besagten Gespräch im letzten Jahr erklärt worden sei, dass er gewisse planerische Vorleistungen erbringen müsse, da im vorliegenden Fall ein vorhabenbezogener Bebauungsplan aufgestellt werden müsse. Leider sei bislang seitens Herrn Schulze keine Zuarbeit geleistet worden. Ohne diese Zuarbeit könne die Abteilung Planung und Stadtentwicklung nicht tätig werden.

Stadtrat Büttner stellt klar, dass die Mitglieder des Ausschusses für Stadtentwicklung nicht für den Stadtrat sprechen könnten. Selbst wenn der Ausschuss dem geplanten Vorhaben positiv gegenüberstünde, würde dies nicht zwingend eine Zustimmung des Stadtrates nach sich ziehen.

zu TOP 5 **Bericht der Verwaltung**

Bezug nehmend auf den Wunsch der Ausschussmitglieder in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung vom 19.11.2025 schlägt Herr Pooch vor, die Baustelle „Brücke Lüderitzer Straße“ im Vorfeld der kommenden Sitzung zu begehen (**04.03.2026, ab 15:00 Uhr**). Die reguläre Sitzung würde anschließend wie gehabt im Rathaus stattfinden.

Der Vorschlag wird positiv aufgenommen.

Herr Pooch bittet darum, eventuelle Fragen an ihn jetzt zu stellen. Der Tatsache geschuldet, dass in der parallel stattfindenden Sitzung des Haupt- und Personalausschusses die Investitionsliste zum Sondervermögen



behandelt werde, müsse er die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung zeitnah verlassen.

Stadtrat Bootz würde gern Einsicht in den letzten Prüfbericht der Brücke Röxer Straße nehmen.

Herr Pooch werde diesbezüglich mit Herrn Bethge sprechen.

Stadtrat Lippmann trägt einige Fragen zum B-Plan „Nördliches Altes Lager“ vor.

Die Beantwortung erfolgt später im Rahmen der Abarbeitung der entsprechenden Tagesordnungspunkte, so Herr Pooch.

Stadträtin Radtke bittet darum, zeitnah vor Beginn der Arbeiten an der Röxer Brücke informiert zu werden, da der Ortsteil Wahrburg von der Sperrung betroffen sein werde. Zudem erkundigt sie sich, ob die Brücke angehoben werden müsse.

Herr Pooch erklärt, dass die Wartezeit für eine Sperrpause laut Info der Deutschen Bahn 50 Monate betrage. Insofern werde es noch lange dauern, bis die Baumaßnahme umgesetzt werden könne. Ob ein Anheben der Brücke tatsächlich notwendig sei, müsse im Rahmen der Planung geprüft werden. Für die vorhandene Brücke gelte ein Bestandsschutz. Im Falle einer Ertüchtigung oder eines Ersatzneubaus würden natürlich die dann geltenden Vorschriften zugrunde zu legen sein.

zu TOP 6 **Antrag der Fraktion CDU/ FDP/ Landgemeinden - Haushalt stärken – Anpassung der Gebühr für Anwohnerparkausweise**

A VIII/031/1

Beschluss:

1. Der Stadtrat beauftragt den Hauptverwaltungsbeamten, sich unverzüglich bei den zuständigen Ministerien des Landes für eine Änderung zur Handhabung der Bepreisung des Anwohnerparkausweises einzusetzen.
Ziel dieser Bemühungen soll es sein, die Ermächtigung zur Bepreisung des Anwohnerparkausweises auf die Kommunen zu verlagern.
Zur Durchsetzung dieses Ansinnens wird der Oberbürgermeister zudem beauftragt, weitere Kommunen des Landes im Rahmen der überregionalen Zusammenarbeit in dieses Vorhaben einzubinden.
2. Sobald eine entsprechende Möglichkeit zur Anpassung der Gebühr besteht, soll der Hauptverwaltungsbeamte unmittelbar mit einem entsprechenden Anpassungsvorschlag auf die Fraktionen zukommen.

Abstimmungsergebnis:

3 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen - abgelehnt

zu TOP 7 **Antrag der Fraktion Gestaltungsbündnis Sondervermögen „Infrastruktur und Klimaneutralität“ (SVIK) mit Sorgfalt planen & nutzen**

A VIII/040/1

Stadtrat Petzolt sagt, dass der Antrag bis zur Stadtratssitzung noch einmal redaktionell überarbeitet werde.



Beschluss:

Der Stadtrat der Hansestadt Stendal beauftragt den Oberbürgermeister,

1. umgehend nach gesetzlicher Klarheit über die Umsetzung und Verwendungsrichtlinien durch das Land Sachsen-Anhalt einen zeitweiligen Unterausschuss nach § 46 KVG mit dem Namen „Sondervermögen“ einzuberufen. Die Besetzung des Ausschusses soll mit je einem Fraktionsvertreter, der notwendigen Anzahl für die Verwaltung und auch die Einbeziehung der Senioren- und Jugendvertretung sollte berücksichtigt werden.
2. dieser Unterausschuss soll parallel zur Haushaltsberatung 2026 einen einheitlichen Prüfraum für Investitionsmaßnahmen erarbeiten, der die Kriterien der Förderfähigkeit im Rahmen des Sondervermögens „Infrastruktur und Klimaneutralität“ (SVIK) systematisch abbildet. Der Prüfraum soll insbesondere folgende Aspekte berücksichtigen:
 - o Beitrag zur CO₂-Reduktion und Klimaanpassung
 - o Energie- und Ressourceneffizienz
 - o Investition in Bildungs- und Betreuungseinrichtung
 - o langfristige Haushaltswirkung
3. dieser Prüfraum soll dem Stadtrat zur Beratung, spätestens zum 2. Quartal 2026 vorgelegt werden, sodass zukünftige Investitionsentscheidungen auf einer transparenten, nachvollziehbaren und arbeitsökonomischen Grundlage getroffen werden können und aber auch im Haushalt 2026 abgebildet werden kann.

Abstimmungsergebnis:

3 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen - abgelehnt

zu TOP 8

Beschluss über "Gesamtstädtisches Photovoltaikfreiflächenkonzept der Hansestadt Stendal (Stand Dezember 2025)"

VIII/0173

Stadtrat Schlafke lobt Herrn Wiese für die Fleißarbeit. Jedoch entspreche das vorliegende Konzept aus seiner Sicht nicht den Vorstellungen des Stadtrates. So seien beispielsweise keine Flächen ausgewiesen, auf denen zukünftig PV-Anlagen errichtet werden können.

Stadträtin Radtke bemängelt zudem, dass die Umwelt- und Naturschutzbelange aus Ihrer Sicht nicht berücksichtigt worden seien.

Bezüglich des Ausweisens von Flächen für die Errichtung von PV-Freiflächenanlagen verweist Herr Wiese auf den der Beschlussvorlage beiliegenden Gesamtplan (Anlage 2) und die Themenkarte „Untersuchung der privilegierten Bereiche und mögliche Eignungsgebiete“ (Anlage 10). Diesem Plan sei zu entnehmen, dass nördlich von Tornau ein mögliches Eignungsgebiet ausgewiesen werden solle. Der Begründung sei weiterhin zu entnehmen, dass außerhalb dieser Bereiche von der Aufstellung weiterer Bauleitplanungen für die Errichtung von PV-Freiflächenanlagen abgeraten werde. Die vorhandenen privilegierten Bereiche böten bereits Flächen in ausreichendem Maße. Hinsichtlich der Natur- und Umweltbelange verweist Herr Wiese auf die Beikarte „Natur- und Landschaftsschutz“ (Anlage 8) sowie Ausführungen in der Begründung unter Punkt 7.2. ff. (Anlage 1).



Diskussion, wobei Herr Wiese die Fragen der Ausschussmitglieder beantwortet.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt das „Gesamtstädtische Photovoltaikfreiflächenkonzept der Hansestadt Stendal“ mit Stand von Dezember 2025.

Abstimmungsergebnis:

4 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen – ungeändert empfohlen

zu TOP 9

Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 45/25 „Agri-Solarpark - Tornau 'Hofruthen'“, Aufstellungsbeschluss nach § 2 BauGB i. V. m. § 12 BauGB

VIII/0174

Stadtrat Büttner lässt darüber abstimmen, ob Herrn Walter von der Pacifico Energy Partners GmbH ein Rederecht eingeräumt werden soll. Dem wird einstimmig zugestimmt.

Herr Walter stellt das Projekt „Agri-Solarpark – Tornau Hofruthen“ vor. Er und Herr Wiese beantworten die Fragen der Ausschussmitglieder.

Diskussion

Beschluss:

Der Stadtrat der Hansestadt Stendal beschließt auf Antrag der PAC Larimar GmbH & Co. KG, die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 45/25 „Agri-Solarpark Tornau – Hofruthen“ gemäß § 2 BauGB i. V. m. § 12 BauGB.

Der Geltungsbereich umfasst die Flurstücke 31/1, 12/1, 56/1 und 57/1 der Flur 1, Gemarkung Tornau sowie Teilflächen der städtischen Flurstücke 15, 16 und 32 der Flur 1.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, das Verfahren zur Aufstellung einzuleiten.

Abstimmungsergebnis:

5 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 1 Enthaltungen – ungeändert empfohlen

zu TOP 10

Bebauungsplan Nr. 60/20 „Nördliches Altes Lager“ - Beschluss zur öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch

VIII/0281

Die von **Stadtrat Lippmann** vorgetragenen Fragen werden von Frau Peters beantwortet.

Beschluss:

Der Stadtrat der Hansestadt Stendal stimmt dem vorliegenden Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 60/20 „Nördliches Altes Lager“ nebst Entwurf der Begründung zu und beschließt die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB).

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die öffentliche Auslegung des Entwurfs des Bebauungsplans Nr. 60/20 „Nördliches Altes Lager“ gemäß § 3 Abs. 2 BauGB durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung – ungeändert empfohlen



zu TOP 11 16. Änderung des Flächennutzungsplanes Stadt Stendal "Nördliches Altes Lager", hier: Beschluss zur öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch

VIII/0282

Beschluss:

Der Stadtrat der Hansestadt Stendal stimmt dem vorliegenden Entwurf der 16. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) der Stadt Stendal „Nördliches Altes Lager“ nebst Entwurf der Begründung zu und beschließt die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB).

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die öffentliche Auslegung des Entwurfs der 16. Änderung des FNP gemäß § 3 Abs. 2 BauGB durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung – ungeändert empfohlen

zu TOP 12 Fortschreibung Haushaltskonsolidierungskonzept

VIII/0279

Beschluss:

Der Stadtrat der Hansestadt Stendal beschließt die Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes.

Abstimmungsergebnis:

3 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen - abgelehnt

zu TOP 13 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2026

VIII/0280

Stadtrat Büttner lässt zunächst über die vorliegenden Änderungsanträge abstimmen:

- Änderungsantrag OR Uchtspringe: 5 Ja-Stimmen und 5 Enthaltungen – ungeändert empfohlen
- Änderungsantrag Fraktion CDU/FDP/Landgemeinden: 6 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen – ungeändert empfohlen

Anschließend stellt **Stadtrat Büttner** den geänderten Beschluss zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Stadtrat der Hansestadt Stendal beschließt die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan 2026.

Abstimmungsergebnis:

3 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen – geändert empfohlen

zu TOP 14 Anfragen/Anregungen

Stadtrat Petzolt fragt, warum die neuen Poller beim Sperlingsberg immer unten seien. Dies habe zur Folge, dass weiterhin PKWs durch die Fußgängerzone fahren. Er erbittet eine schriftliche Antwort.

Weiterhin sei ihm in letzter Zeit mehrfach aufgefallen, dass ein PKW mit Havelberger Kennzeichen (junge Erwachsene) den Winckelmannplatz queren würde. Er bittet zu prüfen, ob hier einfache Poller aufgestellt werden können, um ein Befahren des Platzes zu verhindern.



Stadtrat Schlafke kritisiert in Bezug auf die Beschlussfassung zum geplanten Bau der Kreisverkehrsanlage Lüderitzer Straße, dass in der Stadtratssitzung plötzlich andere Gründe für die Notwendigkeit der Maßnahme vorgetragen worden seien als in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung. Inhaltlich hätte es sich bei der Beschlussvorlage im Stadtrat um eine ganz andere gehandelt als im Ausschusses für Stadtentwicklung. Es sei bedauerlich, dass in der Ausschusssitzung weder ein Mitarbeiter der Abt. Tiefbau noch der beauftragte Planer anwesend gewesen seien, um Fragen zu beantworten.

Es wird festgelegt, dass zukünftig bei jenen Vorlagen, die abschließend im Ausschuss für Stadtentwicklung behandelt werden, die eingebundenen Planungsbüros an den Ausschusssitzungen teilnehmen sollen.

Stadträtin Radtke merkt an, dass die Röxer Straße seit dem heutigen Tag abschnittsweise nur noch mit 30 km/h befahren werden dürfe.

Weitere Anfragen bzw. Anregungen werden nicht vorgetragen, weshalb **Stadtrat Büttner** den öffentlichen Teil der Sitzung um 18:38 Uhr schließt und die Gäste verabschiedet.

